

**Frohe und besinnliche Weihnachtsfeiertage, einen entspannten Jahresausklang und einen guten Start in ein so spannendes wie erfolgreiches Jahr 2017 wünschen Euch und Ihnen die Stadtratsfraktion und die Geschäftsstelle im Rathaus.**

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

letzte Woche fand am 14. und 15. Dezember die letzte Stadtratssitzung 2016 statt. Folgende Themen und Beschlussvorlagen standen unter anderem auf der Tagesordnung: Geplanter Moscheebau zwischen Erfurt und Marbach, Sanierung Saline 34, Haushaltssicherungskonzept, Theatervertrag für die Jahre 2017-2024, Bebauungsplan Wohnanlage am Kilianipark, Kinder- und Jugendförderplan 2017-2021.

Die öffentlichen Unterlagen der Stadtratssitzungen können auf der Seite <http://buergerinfo.erfurt.de/bi/infobi.php> heruntergeladen werden. Die letzte Stadtratssitzung ist unter [http://buergerinfo.erfurt.de/bi/to0040.php?\\_ksinr=86998865](http://buergerinfo.erfurt.de/bi/to0040.php?_ksinr=86998865) und [http://buergerinfo.erfurt.de/bi/to0040.php?\\_ksinr=86998866](http://buergerinfo.erfurt.de/bi/to0040.php?_ksinr=86998866) einsehbar.

Die Stadt Erfurt bietet zudem einen Videomitschnitt der letzten Stadtratssitzungen an: <http://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/stadtrat/sitzungen/index.html>

Geplanter Moscheebau zwischen Erfurt und Marbach

Zu Beginn der Stadtratssitzung am Mittwoch beantragte die Ortsteilbürgermeisterin aus Marbach Rederecht, um über den geplanten Bau der Moschee in Marbach zu sprechen. Kurz zuvor wurde eine spontane Demonstration von Moscheegegnern vor dem Rathaus abgehalten, an der auch Herr Höcke teilnahm. Obwohl es sich bei einer Bauvoranfrage und bei einem Bauantrag um reines Verwaltungshandeln handelt und der Stadtrat hier nicht beschlussberechtigt ist, wurde der Bürgermeisterin das Rederecht gewährt. Also berichtete sie über die kritische und ablehnende Haltung vieler Marbacher\*innen der Moschee und der Ahmadiyya-Gemeinde gegenüber und warf der Gemeinde mangelnde Transparenz bei der Kommunikation ihrer Bauvoranfragen vor. Die Gemeinde hatte nämlich nach Widerspruch des Eigentümers eines benachbarten Grundstücks eine neue Bauvoranfrage für ein anderes Grundstück gestellt, der nun positiv bescheinigt wurde. Es handelt sich jetzt um das Grundstück an der Schwarzburger Straße – also weg von der B4, ran an den Ortseingang nach Marbach. Soweit zur Vorgeschichte. Dass die Ortsteilbürgermeisterin sich nicht wirklich um einen Dialog zwischen den beiden Lagern bemüht, sondern eher der einen Seite nach dem Munde redet, wurde auch diesmal deutlich.

Einerseits hätte die Ahmadiyya-Gemeinde die neue Bauvoranfrage öffentlich thematisieren

können. Rechtlich ist sie dazu nicht verpflichtet, da eine solche Bauvoranfrage rein privater Natur ist, und nur die direkten Nachbarn Einspruch erheben dürfen. Politisch wäre es natürlich klug gewesen, die neue Bauvoranfrage zeitnah und öffentlich zu kommunizieren. Andererseits muss man auch feststellen, dass die Gemeinde genau dies im Sommer schon einmal versucht hatte. Damals hatte sie zur öffentlichen Bürgerversammlung eingeladen, um ihre Pläne vorzustellen. Diese Veranstaltung wurde von sehr vielen Menschen besucht, so dass die Sporthalle in Marbach aus allen Nähten platzte. Wie diese Veranstaltung dann über die Bühne ging, war wirklich kein Ruhmesblatt für die kritischen und der Gemeinde feindselig eingestellten Marbacher\*innen.

Man kann nicht als Anwohner einerseits offene und transparente Kommunikation einfordern, und andererseits eine Bürgerversammlung dazu missbrauchen, die anderen aufzuwiegeln, Hetze und Hass zu verbreiten und gar keinen Schritt Richtung Offenheit und Dialog machen zu wollen. Vor dem Hintergrund dieser sommerlichen Veranstaltung – und der Reaktionen danach – ist es nachvollziehbar (wenn auch schade), dass die Gemeinde sich diese Anklagebank nicht noch einmal in dieser Form antun wollte.

Was seit dieser sommerlichen Veranstaltung in Marbach selbst los ist – und was Befürworter der Religionsfreiheit, Verfechter des Grundgesetzes und der offenen Gesellschaft erdulden müssen, hat neben einer anderen Stadträtin auch Astrid Rothe-Beinlich eindrucksvoll dargestellt. Sie wünsche niemandem das, was sie seit ihrem Bekenntnis zum Grundgesetz und zur Religionsfreiheit in ihrem Ort erdulden muss.

Diese Entwicklungen sollten uns und vor allem einer Ortsteilbürgermeisterin, die allen Bürger\*innen des Ortsteils verpflichtet sein sollte, zu denken geben. Das, was wir von anderen an Offenheit und transparenter Kommunikation einfordern, sollten auch wir stets selbst zu leben versuchen. Ungeachtet dessen sind Grund- und Menschenrechte für uns selbstverständlich nicht verhandelbar.

Vorhandene Differenzen zwischen den unterschiedlichen Kulturen werden wir unserer Ansicht nach nur gemeinsam im Miteinander Stück für Stück auflösen können. Eine Konfrontation führt da nicht weiter.

Dass nun ausgerechnet die AfD die Frauenrechte instrumentalisiert, um gegen den Bau der Moschee zu polemisieren, sagt mehr über sie selbst als alles andere. Bleibt nur zu hoffen, dass dem nicht zu viele Menschen auf den Leim gehen. Ein Blick ins Parteiprogramm der Rechtspopulisten gerade in Punkto Stellung der Frau sollte da für Klarheit sorgen.

#### Sanierung Saline 34

Mit dem einstimmigen Votum für diese Vorlage ist künftig eine Teilsanierung der Saline 34 möglich. Zusätzlich hat das Projekt nun Planungssicherheit für 15 Jahre. Finanziert wird die Instandsetzung zum Teil mit Fördermitteln aus dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Voraussetzung dafür ist die Erhaltung des Objektes im städtischen Eigentum von mindestens 15 Jahren mit der derzeitigen Nutzung.

Diese Beschlussvorlage des Oberbürgermeisters freute uns sehr. Wir wünschen dem Projekt Saline 34 gutes Gelingen und viele spannende und kreative Jahre.

#### Haushaltssicherungskonzept (HSK)

Das seit Wochen vorliegende Haushaltssicherungskonzept (HSK) wurde letzten Mittwoch und Donnerstag diskutiert und beschlossen. Damit wird es der Stadt Erfurt möglich sein, im besten Falle bis zu 100 Mio. € in sechs Jahren einzusparen. Wir möchten an dieser Stelle unsere Arbeit mit dem HSK und das Ringen um Mehrheiten kurz skizzieren:

Alles fing damit an, dass die Stadt Erfurt mit 2014 und 2015 zwei Jahre aufeinander mit einem Haushaltsminus abschloss. Darum war es notwendig, ein HSK aufzustellen. Dieses ist nun Basis für die kommenden Haushalte. Leider hat der Oberbürgermeister nicht - wie von uns immer wieder eingefordert - das HSK mit uns als RRG-Kooperation aufgestellt, sondern diesen Sommer ein fertiges Papier in die Diskussion eingebracht. Darin hat er viele Posten aufgeführt, die gestrichen oder gekürzt werden sollten. An anderen Stellen sollen die Einnahmen der Stadt erhöht werden. Insgesamt sollte das HSK 136 Mio. € in den nächsten 6 Jahren einsparen.

Für uns als Grüne Fraktion war die Ausgangslage besonders zermürbend, wurden doch in der Vorlage des Oberbürgermeisters beinahe ALLE uns wichtigen Politikfelder gestutzt oder gar auf Null gesetzt.

So sollten ursprünglich unter anderem folgende Einsparungen vorgenommen werden:

- die Stelle des Klimaschutzkoordinators sollte ersten Stellungnahmen nach gestrichen werden
- die Aufgaben des Dezernats Nachhaltigkeit sollten reduziert werden
- alle Zuschüsse an Umweltgruppen sollten radikal gekürzt werden
- die Finanzierung der Ortsteile sollte noch weiter abgesenkt werden
- Schließung Volkskundemuseum
- Schließung Margaretha Reichardt-Haus
- Schließung Forum Konkrete Kunst
- Reduktion Zuschüsse für Tanztheater, Kino-Club, die Schotte, Imago
- Wegfall kulturelles Jahresthema
- Reduktion Zuschuss Kunsthaus
- Austritt Gesunde Kommune.

Unsere beiden Kooperationspartner vertraten die Position, dass die weite Mehrheit dieser Einsparungsmaßnahmen tatsächlich beschlossen und umgesetzt werden sollte. Bitte verstehen Sie und bitte versteht, dass ich hier nicht in die Einzelheiten gehen möchte. Ich gestehe allerdings, dass das für uns eine ganz unangenehme Situation war, da jene Dinge auf der Streichliste standen, die wir als Grüne besonders wert schätzen und politisch unterstützen: Klimaschutz und die Vielfalt der Kultur. Wir haben deshalb intensiv und in langen Sitzungen mit unseren Kooperationspartner um jeden Punkt gerungen.

Im kulturellen Bereich war für uns ganz wichtig, dass das kulturelle Jahresthema erhalten bleibt, weil damit in der Vergangenheit ein vielfältiges kulturelles und künstlerisches Programm realisiert werden konnte. Daneben setzten wir uns für die junge, zeitgenössische Kunst ein. Die Mittel dafür sind in den letzten Jahren aus unterschiedlichen Gründen immer mehr und einschneidend reduziert worden. Deshalb sollte die Förderung des Kunsthauses für die Präsentation junger zeitgenössischer Kunst aus Thüringen und darüber hinaus erhalten bleiben. Die Festschreibung der Zuschüsse an Kultur- und Kunstvereine, Tanztheater, Kommunales Kino, Imago, Folkloreensemble sollte nicht auf dem Niveau des Haushalts-Planentwurfes 2016, sondern auf dem Niveau des beschlossenen Haushalts erfolgen. Damit wurde eine Kürzung der Mittel faktisch verhindert.

Wir beantragten (dann zusammen mit DIE LINKE) eine Prüfung, wie das Margaretha-Reichardt-Haus an seinem jetzigen authentischen Standort erhalten werden kann und welche Möglichkeiten es gibt, den Wohn- und Arbeitsort der Bauhüßlerin in das Marketingkonzept des neuen Bauhaus Museums in Weimar zu integrieren. Zudem wollten wir die Verwaltung beauftragen, Gespräche mit dem Land aufzunehmen, um zu prüfen, welche Möglichkei-

ten bestehen, das Volkskundemuseum in das Gesamtkonzept für die Entwicklung eines Thüringer Landesmuseums in der Defensionskaserne zu integrieren. Eine Entscheidung über das Forum Konkrete Kunst sollte erst nach Vorlage der im Kulturausschuss beauftragten Zuarbeit erfolgen: Vorlage eines finanziell unteretzten Konzeptes zur Wiedereröffnung der Peterskirche im Frühjahr 2017 und die damit verbundene Fortführung des "Forum Konkrete Kunst". Zudem beauftragten wir die Verwaltung mit der Vorlage einer mittelfristigen Planung zu alternativen Standorten, auch im Hinblick auf die Planungen zur BUGA 2021. Den Haushaltsansatz des Kinder- und Jugendtheaters Schotte e.V. im Haushaltsentwurf 2017 haben wir auf 175.000,- € angehoben, nachdem der Oberbürgermeister auch hier um 15.000,-€ kürzen wollte.

Nicht alles ist glatt gelaufen, aber das meiste. Wir haben es als Grüne Fraktion (und ein bißchen dürfen sich Tely und ich dabei auf die Schulter klopfen) hinbekommen, dass die SPD und die LINKE all diese Streichungen nun abgelehnt haben (bis auf die Gesunde Kommune). Wir sind überzeugt, dass mit diesem Votum gegen Streichungen die Stadt Erfurt gewonnen hat.

Im Bereich Nachhaltigkeit und Umweltschutz werden wir auch künftig wieder einen Klimaschutzkoordinator haben, die Aufgaben im Bereich Nachhaltigkeit bleiben erhalten, es wird weiter Zuschüsse an Umweltgruppen und die Ortsteile geben (in alter Höhe). Neben stabilen Zuschüssen zur Kultur (wie in diesem Jahr) wird es keine Schließung der Museen, keinen Wegfall des Jahresthemas und weiterhin Zuschüsse ans Kunsthaus geben. Das bedeutet auch, dass die SPD hier gegen ihren eigenen OB gestimmt hat! Wir sollten dabei den Mut der SPD honorieren, so gestimmt zu haben. Auch das ist nicht selbstverständlich.

Diesmal hatten wir Erfolg innerhalb der RRG-Kooperation, doch die nächsten Debatten und Verhandlungen werden folgen. Dass diese Debatten und Entscheidungsfindungen manchmal länger dauern, als uns lieb sein kann, ist den Kräfteverhältnissen geschuldet. Dass wir manchmal keine Mehrheiten erringen können, gehört leider auch zum politischen Verhandlungsprozess.

Jedoch versuchen wir stets, die Grünen Interessen im Auge zu behalten und mit guten Argumenten um- und durchzusetzen. Und das verhältnismäßig oft mit Erfolg. Darum werden Grüne Inhalte nicht einem Sparzwang geopfert. Der Stadt Erfurt wird dieser Umstand gut tun.

#### Finanzierung des Theaters Erfurt für die Jahre 2017 bis 2024

Die Zukunft der Finanzierung des Theaters Erfurt wurde auf Wunsch der SPD-Fraktion in der letzten Sitzung auf die Dezember-Sitzung vertagt. Diese Vertagung wurde mit der Forderung nach einer Nachverhandlung versehen. Die Stadtverwaltung sollte beim Land eine stärkere Landesbeteiligung einfordern. Wir konnten und können diese verzögernde Intervention nicht wirklich nachvollziehen. Sie kommt nämlich gute 2 Jahre zu spät – wir berichteten darüber ausführlich im letzten Newsletter.

Der ausgehandelte Theatervertrag ist der beste, den die Stadt bislang aushandeln konnte.

Im Einzelnen entspricht die vorliegende Finanzierungsvereinbarung dem Abschluss der geführten Vertragsverhandlungen zwischen Stadt und Land und musste für die Stadt Erfurt vom Stadtrat bestätigt werden. Diese Vereinbarung bringt Verbesserungen in einigen wichtigen Punkten:

- Laufzeit bis 2024
- gleichbleibender Finanzbetrag für die Stadt Erfurt bis 2020
- Reduzierung der zweckgebundenen Mittel für die Orchesterdienste der Thüringen

Philharmonie Gotha; d.h. wir haben mehr Mittel frei zur eigenen Verwendung nach Wunsch

- höhere Beteiligung durch den Freistaat Thüringen, indem Tarifsteigerungen bis 2,5% komplett vom Land übernommen werden
- zusätzliche Inaussichtstellung investiver Zuschüsse ab 2018 durch den Freistaat Thüringen
- Kooperation mit dem DNT und die Einrichtung eines Kooperationsfonds
- Kooperation mit dem Thüringer Staatsballett (Theater Altenburg-Gera)

Glücklicherweise kam es nicht zur Ablehnung der Vereinbarung. Damit hätte der Stadtrat für Erfurt riskiert, dass das Theater Erfurt 2017 völlig ohne Vertrag dasteht (ein Fiasko für die Belegschaft). Nun wurde dem Vertrag – auch durch große Teile der SPD-Fraktion – zugestimmt, obwohl die Nachverhandlung (wie erwartet) zu keinen weiteren Nachbesserungen geführt hatte. Dass die CDU-Fraktion sich um das Wohl des Theaters und der dort Beschäftigten in öffentlicher Rede sorgte und dann trotzdem gegen den Vertrag stimmte, entbehrt schon einer gewissen Logik.

#### Bebauungsplan GIS653, Wohnanlage am Kilianipark

Mit diesem Bebauungsplan soll eine Brachfläche bebaut werden. Diese liegt zwischen der Ulan-Bator-Straße und Gispersleben. Der Entwurf der Wohnanlage ist für unsere Begriffe recht gelungen. Zwar hat die Wohnanlage auch eine Tiefgarage, die recht raumgreifend ist, die oberirdische Bebauung hat uns jedoch recht gut gefallen. Zum Thema Tiefgarage plädieren wir als Grüne Fraktion seit Langem für eine Absenkung des Schlüssels Parkplatz/Wohneinheit. Das ist allerdings ein Thema, bei dem wir (noch) keine Mehrheiten zustande bekommen. Dabei würde die Absenkung, sprich eine Reduzierung der Autostellplätze pro Wohneinheit, die Baukosten spürbar senken. Eine andere, kostengünstigere Lösung wären Garagen im Erdgeschoss (wenn es unbedingt Garagen sein müssen) – mit Wohnflächen, die erst ab 1. OG beginnen. Auch das wäre aus unserer Sicht noch zu diskutieren.

Die Begrünung der Wohnbebauung erstreckt sich über Dachbegrünung und Grünflächen im Außenbereich. Das uns am Herzen liegende Fassadengrün hatte leider keine Zustimmung bekommen, dafür wäre das Grundstück allgemein schon sehr grün gelegen, so die Begrünung. Nun ja. Es sind mehrere Neupflanzungen von Bäumen vorgesehen – aber es sollen auch 5 Bäume gefällt werden, die jetzt zwar nicht der Wohnbebauung, ihre Wurzeln dafür der Tiefgarage im Wege sind (auch darum würden wir uns hier eine Verkleinerung wünschen). Dieser Punkt zeigt uns mal wieder, welchen Raum das Auto bei jeder Stadtplanung immer noch einnimmt.

Trotzdem haben wir dem Bebauungsplan zugestimmt, weil er sinnvoll vorhandene und erschlossene Baulücken füllt und so zu einer vernünftigen Nachverdichtung statt zum Bau auf der "grünen Wiese" führt.

#### Kinder- und Jugendförderplan (KJFP) 2017-2021

Nach fast 2-jähriger Vorarbeit und vielen Verhandlungen und Beteiligungsrunden hat der Stadtrat dem KJFP 2017-2021 zugestimmt und diesen mit großer Mehrheit beschlossen. Auch wir haben geschlossen für den neuen KJFP zugestimmt.

Dieser KJFP wurde seit Anfang 2015 zwischen der Stadt, den Trägern und den Fraktionen ausgehandelt und diskutiert. Das Ergebnis ist eine Abwägung und Schwerpunktsetzung aus

diesem Verhandlungsprozess – und natürlich können nie alle angemeldeten Wünsche 1:1 umgesetzt werden. Die Schwerpunktsetzung und die personelle Untersetzung des KJFP spiegelt vielmehr die Bedarfe im Stadtgebiet wider. Nach dem aktuellen Lebenslagenbericht der Erfurter Familien liegen die Bedarfe im Bereich der Jugendhilfe verstärkt in den Großraumsiedlungen und nicht in den ländlichen Ortsteilen (hier sind alle wichtigen Indikatoren im grünen Bereich). Darum konnten nicht alle Wünsche der ländlichen Ortsteile berücksichtigt werden. Insgesamt deckt der KJFP 2017-2021 die neuen Bedarfe ab und stattet die Jugendhilfe mit zusätzlich knapp 92.000,-€ /Jahr aus. Wichtig wird nun sein, den neuen KJFP in den künftigen, städtischen Haushalten auskömmlich zu finanzieren.

Mit besten Grüßen und nochmaligen Wünschen für ein erfolgreiches Neues Jahr 2017,  
Prof. Dr. Alexander Thumfart, Fraktionsvorsitzender